

Wahlanalyse



Europawahl in Wiesbaden
am 7. Juni 2009



Impressum

Herausgeber

Landeshauptstadt Wiesbaden
Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik
Wilhelmstraße 32, 65183 Wiesbaden
Juni 2009

Bezug

Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik
Information & Dokumentation
Postfach 39 20, 65029 Wiesbaden

Tel.: 06 11/31-54 34
FAX: 06 11/31-39 62
E-Mail: dokumentation@wiesbaden.de
Internet: www.wiesbaden.de



Schutzgebühr: 15 €, zuzüglich Versandkosten

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung, auch auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet und mit der Bitte um ein Belegexemplar.
Für gewerbliche Zwecke ist es grundsätzlich nicht gestattet diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu vervielfältigen, auf Mikrofilm/-fiche zu verfilmen oder in elektronische Systeme zu speichern.

Wahlanalyse zur Europawahl am 7. Juni 2009

Inhalt

	Seite
Ausgangslage für die Europawahl 2009	1
Die Wahlergebnisse im Überblick - Hessenstädte, Land und Bund	5
Wahlbeteiligung, Anhängermobilisierung, Verankerung der Parteien in der Wiesbadener Bürgerschaft	13
Struktur der Wahlberechtigten und ihre Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht	23
Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht	29
Wählerwanderungen zwischen den Europawahlen 2004 und 2009	37

Anhang

▶ Die Wahlergebnisse im Überblick - Hessenstädte, Land und Bund

Tab. 1: Vorläufiges Ergebnis der Europawahl 2009 im Vergleich zur Europawahl 2004 - Stadt Wiesbaden	8
Tab. 2: Ergebnisse der Europawahlen seit 1999 - Hessenstädte, Land und Bund	12

▶ Wahlbeteiligung, Anhängermobilisierung, Verankerung der Parteien in der Wiesbadener Bürgerschaft

Bild 1: Wahlbeteiligung bei den Europawahlen - Bund, Hessen und Wiesbaden	13
Bild 2: Wahlbeteiligung in Wiesbaden bei Europa-, Bundes- und Landtagswahlen seit 1979	15
Tab. 3: Mobilisierungswerte der Parteien bei der Europawahl 2009 in Wiesbaden	16
Tab. 4: Erwartungswerte für die Parteien bei der Europawahl 2009	19
Tab. 5: Verankerung der Parteien in der Wiesbadener Bürgerschaft seit der Europawahl 1979	20

▶ Struktur der Wahlberechtigten und ihre Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht

Tab. 6: Zahl der Wahlberechtigten bei Europawahlen seit 1979	23
Bild 3: Wahlberechtigte nach Altersgruppen und Geschlecht bei der Europawahl 2009	24
Tab. 7: Wahlbeteiligung in Wiesbaden Bild 4: nach Geschlecht und Altersgruppen bei der Europawahl 2009	26
Tab. 8: Wahlberechtigte und Wähler nach Altersgruppen bei der Europawahl 2009	27

▶ Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht

Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Europawahl 2009	
Bild 5: CDU / SPD	29
Bild 6: GRÜNE / FDP	31
Bild 7: DIE LINKEN	32
Tab. 9: Wahlentscheidung nach Geschlecht und Altersgruppen	33
Bild 8: bei der Europawahl 2009	35

▶ Wählerwanderungen zwischen den Europawahlen 2004 und 2009

Bild 9: Wählerwanderungen in Wiesbaden zwischen den Europawahlen 2004 und 2009	38
---	----

Ausgangslage für die Europawahl 2009

*Geringes Bürgerinteresse
und geringes Medieninteresse*

Die Wahl zum Europäischen Parlament kämpft im Vergleich zu anderen Wahlgängen jedes Mal mit besonderen Herausforderungen: Es gibt keine lokal bekannten Kandidatinnen oder Kandidaten, es gibt keine großen Kontroversen und es gibt daher auch wenig Berichterstattung in den Medien über die Fragen, die bei dieser Europawahl entschieden werden. Dazu kommt, dass es im Europäischen Parlament seit Jahren eine große Koalition zwischen Konservativen und Sozialisten gibt, die den verfassungsrechtlichen Notwendigkeiten der Europäischen Union geschuldet ist, dass das Parlament, um seine Mitentscheidungsrechte durchzusetzen, große Mehrheiten organisieren muss.

Dabei haben die Kompetenzen des EU-Parlaments in den letzten Jahren stetig zugenommen und die Europäische Union insgesamt greift von Jahr zu Jahr immer stärker in das Leben der Bürgerinnen und Bürger ein.

In Deutschland stellt die Europawahl 2009 nach der vorgezogenen hessischen Landtagswahl im Januar 2009 den eigentlichen Auftakt zum „Superwahljahr 2009“ dar und erfährt deshalb von Politikern und Medien zumindest deswegen Aufmerksamkeit - als Stimmungsbild, nicht als inhaltliche Auseinandersetzung.

So blieb auch das Interesse der Wiesbadenerinnen und Wiesbadener an der Wahl gering. In der Landeshauptstadt kommt als erschwerender Faktor noch hinzu, dass keine anderen Wahlen wie z. B. Kommunalwahlen oder Bürgermeister-Direktwahlen mit der Europawahl zusammenfallen, die die Mobilisierung der Parteien und damit auch die der Wahlberechtigten erhöhen könnten.

*Wahlkampf der Parteien
stark auf die deutsche Innen-
politik bezogen*

Wenn man die Aussagen der Parteien auf ihren Wahlplakaten noch einmal Revue passieren lässt, dann haben sie sich mit allem Möglichen beschäftigt, aber wenig europapolitische Inhalte transportiert.

Hier nur einige Beispiele ohne Anspruch auf Vollständigkeit: Die CDU plakatierte in der Schlussphase Bundeskanzlerin Angela Merkel, die SPD gab für „Finanzhaie“, „Dumpinglöhne“ und „Heiße Luft“ Wahlempfehlungen zugunsten anderer Parteien ab, die GRÜNEN warben mit viel „WUMS“ und die FDP zeigte groß ihre europäische Spitzenkandidatin mit dem Slogan „Arbeit muss sich wieder lohnen“.

Bei der Partei DIE LINKE war überhaupt keine einheitliche Strategie zu erkennen: Mal ging es um Vernunft, dann um Gerechtigkeit, mal mit Bild, mal nur mit Text. Zum Schluss wurden, Reizworte wie „Millionäre zur Kasse“ nochmals an den Straßenrand gestellt oder auf blauen Plakaten „Wählt rot“ als Parole ausgegeben.

Wie kommt diese Auswahl an Themen und Slogans zustande?

Die Parteien orientieren sich bei der Auswahl ihrer Botschaften nicht im luftleeren Raum, sondern an dem, was - nach ihrer Einschätzung - die Bürgerinnen und Bürger am stärksten bewegt. Und die Themen, die die Menschen interessierten, waren nun einmal ganz klar innenpolitischer und bundespolitischer Natur.

Die Rettung von Opel oder die Krise bei Karstadt hat die Bevölkerung mehr beschäftigt als die Frage, wie viele Etiketten auf einem Hühnchen kleben müssen - dies war die offizielle Werbekampagne des Europäischen Parlaments zur Erhöhung der Wahlbeteiligung.

*Stimmungsbarometer
für die Bundestagswahl?*

Am Tag nach der Europawahl gibt es jedes Mal das gleiche Ritual: Der Verlierer beteuert, es sei keine Testwahl für die Bundestagswahl, der gefühlte Sieger freut sich über den Rückenwind. Am Tag vor der Wahl versuchen die Strategen noch die Erwartungen der Öffentlichkeit zu beeinflussen.

Die Ausgangslage bei der Europawahl 2004 war eine völlig andere als 2009: Das relativ gute Wahlergebnis der CDU/CSU im Jahr 2004 kam durch Proteststimmen gegen die amtierende rot-grüne Bundesregierung zustande, die sich zwei Jahre vorher nur durch Sondereffekte wie die Elbeflut und den drohenden Irakkrieg in eine zweite Amtszeit hatte retten können und ein Jahr nach der Europawahl schon nicht mehr im Amt war.

Ist die Europawahl überhaupt ein echtes Stimmungsbarometer? Die Frage kann nur eingeschränkt mit Ja beantwortet werden. Im Übrigen sagt ein Stimmungsbarometer etwas über die Stimmung aus, vermag das Wahlergebnis der Bundestagswahl aber nicht vorherzusagen, geschweige denn vorherzubestimmen.

Dazu muss man nur einmal die Wahlergebnisse der beiden großen Volksparteien 2004 und 2005 nebeneinander stellen: Das Wahlergebnis der CDU/CSU einerseits war bei der Europawahl 2004 wesentlich besser als bei der nachfolgenden Bundestagswahl (44,5 % gegenüber 35,2 %) und der SPD gelang es andererseits, von der für sie deprimierenden Europawahl 2004 bis zur vorgezogenen Bundestagswahl 2005 erheblich an Boden gut zu machen (von 21,5 % auf 34,2 %). Dies gilt auch für das Wiesbadener Ergebnis: Die CDU kam mit 40 % bei der Europawahl 2004 ins Ziel, davon blieben bei der Bundestagswahl 2005 nur noch 32,1 % übrig; die Wiesbadener SPD steigerte sich bei der Europawahl 2004 von 22,3 % auf ein Zweitstimmenergebnis 2005 von 32,6 %. Wenn man die bei Bundestagswahlen wesentlich höhere Wahlbeteiligung betrachtet, schwindet die Aussagekraft der Europawahl noch weiter.

Im Jahr 2009 gibt es auf Bundesebene eine große Koalition, deren Gemeinsamkeiten sich knapp vier Monate vor der Bundestagswahl erkennbar erschöpft haben. Die traditionelle Erwartung ist, dass große Koalitionen zu einem Abschleifen der Profile der Partner und zu einer Stärkung der kleinen Parteien führen und dass die Ränder gegenüber der Mitte gewinnen. Bei der Europawahl kommt die größere Bereitschaft zum Experimentieren mit der eigenen Stimme als Verstärker hinzu.

Die letzten öffentlich bekannt gewordenen Umfragen von Ende Mai sahen die CDU/CSU bei 37 - 39 %, die SPD bei 25 - 27 %, die GRÜNEN bei 10 - 12 %, die FDP bei 9 - 10 % und die LINKE als Nachfolgerin der PDS bei 7 - 8 %. Alle Institute betonten aber unisono die besonders hohe Prognoseunsicherheit bei der Europawahl.

Alle Parteien warten gespannt darauf, ob sie im Dauerkampfkampf durch die Europawahl Startvorteile für den Herbst erwerben können. Wie ist dieses Rennen in Wiesbaden im Detail ausgefallen? Haben sich die Erwartungen erfüllt? Darauf will diese Wahlanalyse Antwort geben.

Unser Schwerpunkt liegt dabei auf den Themen Wahlbeteiligung und Wählermobilisierung. Die repräsentative Wahlstatistik ermöglicht darüber hinaus eine weitere Aufschlüsselung der Wahlergebnisse nach Strukturmerkmalen wie Alter oder Geschlecht. Schließlich wird in einem eigenen Berechnungsmodell der Saldo der Wählerwanderungen abgebildet.

Die Wahlergebnisse im Überblick - Hessenstädte, Land und Bund

*31 Parteien
und politische Vereinigungen
werben um die Gunst
der Stimmen*

Seit 1979 steht alle fünf Jahre die Europaparlamentswahl an. Dieses Mal sind 31 Parteien und politische Vereinigungen auf dem Wahlzettel. Das sind neun mehr als vor fünf Jahren. 14 Parteien und Wählergruppen treten erstmalig an, darunter Rentner-Partei und Piratenpartei.

Wahlberechtigte

188 228 Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger waren zur Wahl zum Europäischen Parlament berechtigt; rund 54 % sind Frauen. Zur Europawahl 2004 waren es mit 186 573 Wahlberechtigten etwa ein Prozent weniger.

Erst- und Jungwähler

Darunter sind 790 (0,9 %) Erstwähler, das sind Jugendliche, die seit der letzten Wahl - der Landtagswahl - volljährig geworden sind. Außerdem 11 296 so genannte Jungwähler, das sind Jugendliche, die das erste Mal das Europaparlament wählen können.

Unionsbürgerinnen und -bürger

Des Weiteren waren 444 Unionsbürgerinnen und -bürger, also nichtdeutsche Staatsangehörige aus den übrigen 26 Mitgliedsstaaten, im Wiesbadener Wählerverzeichnis registriert.

Die Frage ist nun: Inwiefern haben am letzten Sonntag die Wählerinnen und Wähler durch ihre Beteiligung und ihr Votum das Engagement der europäischen Politik gewürdigt? Dazu gibt die Tabelle 1 einen detaillierten Einblick.

Wahlbeteiligung auf Tiefstand

Seit der ersten Wahl zum Europäischen Parlament im Jahre 1979, als sich noch fast zwei Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung beteiligten, wird das Interesse an dieser Wahl stetig geringer. Und auch die letzte Wahl ändert an diesem Trend nichts. Von den 188 228 Wiesbadener Wahlberechtigten haben lediglich 68 166 Bürgerinnen und Bürger am vergangenen Sonntag ihre Stimme abgegeben. Das sind immerhin 2 065 weniger als noch vor fünf Jahren. In Prozenten ausgedrückt, haben sich 36,2 % und damit 1,4 Prozentpunkte der Wahlberechtigten weniger als zur Europawahl 2004 an die Wahlurnen begeben.

CDU vorn ..

Trotz Verluste hat die Union die diesjährige Europawahl wieder klar für sich entscheiden können. Mit 36,6 % liegt die CDU um 15,4 Prozentpunkte vor der zweitstärksten Partei, der SPD. Für die Union wurden vor der Wahl herbe Verluste vorhergesagt. In Wiesbaden allerdings kann die CDU traditionell auf eine solide Wählerbasis bauen. Daher sind hier die Einbußen von 3,4 Prozentpunkten geringer als im Bundes- und Landesdurchschnitt (- 5,9 bzw. - 4,8 Prozentpunkte) ausgefallen.

... aber schlechter als 2004

Mit dem aktuellen Wahlergebnis führt die CDU seit 1994 das vierte Mal hintereinander die Parteienriege an. Andererseits ist es den Christdemokraten bereits zum zweiten Mal in Folge einer Europawahl nicht gelungen, die Tal-fahrt zu stoppen. Bereits zur Europawahl 2004 verlor die CDU fast acht Prozent ihrer Wählerinnen und Wähler. Mit Ausnahme der Wahl im Jahre 1999 ist seit 1979 ein kontinuierlicher Rückgang an CDU-Stimmen zu verzeichnen. In der Bilanz sind es über elf Prozentpunkte.

*SPD**mit schlechtestem Ergebnis
bei Europawahlen auf Platz zwei*

Mit mehr als einem Prozentpunkt Stimmenverlust im Vergleich zu 2004 hat die Sozialdemokratische Partei mit 21,2 % das schlechteste Ergebnis bei Europawahlen vorzuweisen. Wie die Union befindet sich auch die zweite große Volkspartei weiterhin im Sinkflug, was die Wählerstimmen angeht. Seit der Europawahl 1979 verlor die SPD über die Hälfte ihrer Wählerinnen und Wähler (- 23,3 Prozentpunkte).

*GRÜNE für Europa
im Aufwärtstrend*

Bis zur Europawahl 1994 hatten die GRÜNEN (bzw. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) kontinuierlich Stimmen hinzugewonnen. Im Jahre 1999 kehrte sich der Trend kurzfristig um. Mit dem aktuellen Wahlergebnis (17,9 %) halten sich die Verluste in Grenzen (- 0,2 Prozentpunkte) und somit zeigt die Partei Kontinuität in der Wählergunst. Mit ihrem zweitbesten Abschneiden bei einer Europawahl in Wiesbaden verteidigen die Grünen den Platz drei.

FDP im Aufwind...

Das Ergebnis für die Liberalen fiel - entsprechend den Prognosen - um 4,2 Prozentpunkte besser aus als vor fünf Jahren. Insgesamt bekamen sie 13,1 % aller Stimmen. Mit dem Plus von mehr als 2 700 Stimmen am letzten Sonntag kann die FDP einen neuen Erfolg in ihrer eigenen Europawahl-Geschichte verzeichnen.

*und auch DIE LINKE
hat Gewinne*

Der Linkspartei ist es nicht nur bundesweit sondern auch in der Landeshauptstadt Wiesbaden gelungen, im Vergleich zu 2004 und ihrer Vorgängerpartei PDS, 1 449 zusätzliche Wählerinnen und Wähler an sich zu binden. DIE LINKE hat dadurch immerhin einen Anteil von 4,0 % an Wählerstimmen erreicht.

Sonstige Gruppierungen

Die sonstigen Parteien und politischen Vereinigungen, brachten es bei dieser Europawahl auf eine Rekordbeteiligung von 26 an der Zahl. Mit maximal 1,5 % an Wählerstimmen ist jede „Gruppierung“ weit von der Pforte zum Europaparlament entfernt. In der Summe kommen alle Sonstigen auf rund sieben Prozent der abgegebenen Stimmen. Vor fünf Jahren bündelten die damals angetretenen 17 sonstigen Parteien noch rund neun Prozent der Wählerinteressen.

Als erfolgreichster „Newcomer 2009“ gehen die PIRATEN in die Wiesbadener Wahlgeschichte ein. Immerhin 651 Wahlberechtigte haben sie gewählt und damit wurden sie hinter den REPUBLIKANERN zweitstärkste Partei unter den „Sonstigen“.

Tab. 1:
Vorläufiges Ergebnis der Europawahl 2009
im Vergleich zur Europawahl 2004
- Stadt Wiesbaden

Stadt Wiesbaden	Europawahl 2009		Europawahl 2004		Veränderungen 2009 zu 2004	
	abs.	in %	abs.	in %	abs.	in %-Pkt.
Wahlberechtigte	188 228	100,0	186 573	100,0	+1 655	
dar. Wähler	68 166	36,2	70 231	37,6	-2 065	-1,4
Ungültige Stimmen	869	1,3	1 317	1,9	- 448	-0,6
Gültige Stimmen	67 297	98,7	68 914	98,1	-1 617	+0,6
CDU	24 650	36,6	27 559	40,0	-2 909	-3,4
SPD	14 244	21,2	15 339	22,3	-1 095	-1,1
GRÜNE	12 056	17,9	12 478	18,1	- 422	-0,2
FDP	8 825	13,1	6 117	8,9	+2 708	+4,2
REP	1 001	1,5	2 149	3,1	-1 148	-1,6
DIE LINKE 1)	2 689	4,0	1 240	1,8	+1 449	+2,2
Die Tierschutzpartei	486	0,7	778	1,1	- 292	-0,4
FAMILIE	209	0,3	352	0,5	- 143	-0,2
DIE FRAUEN	165	0,2	355	0,5	- 190	-0,3
Volksabstimmung	166	0,2	x	x	x	x
PBC	149	0,2	199	0,3	- 50	-0,1
ödp	138	0,2	152	0,2	- 14	0
CM	95	0,1	118	0,2	- 23	0
DKP	43	0,1	106	0,2	- 63	-0,1
AUFBRUCH	54	0,1	77	0,1	- 23	0
PSG	19	0,0	56	0,1	- 37	-0,1
BüSo	51	0,1	107	0,2	- 56	-0,1
50PLUS	107	0,2	x	x	x	x
AUF	59	0,1	x	x	x	x
BP	37	0,1	x	x	x	x
DVU	118	0,2	x	x	x	x
DIE GRAUEN	105	0,2	763	1,1	- 658	-1,0
DIE VIOLETTEN	104	0,2	x	x	x	x
EDE	47	0,1	x	x	x	x
FBI	34	0,1	x	x	x	x
VOLKSENTSCHEIDE	63	0,1	x	x	x	x
FW FREIE WÄHLER	265	0,4	x	x	x	x
Newropeans	39	0,1	x	x	x	x
PIRATEN	651	1,0	x	x	x	x
RRP	178	0,3	x	x	x	x
RENTNER	450	0,7	x	x	x	x

Eigene Berechnungen, Prozentwerte gerundet.
x = keine Kandidatur

1) 2004 = PDS

Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik



*Geringere Wahlbeteiligung
als in Darmstadt und Frankfurt*

Das oben bilanzierte Wiesbadener Wahlergebnis spiegelt sich im Großen und Ganzen auch in den anderen vier kreisfreien hessischen Städten sowie im gesamten Bundesland Hessen wider (s. Tab. 2). Die Wahlbeteiligung in Wiesbaden (36,2 %) liegt hinter der Beteiligung in Darmstadt (48,9 %) und Frankfurt (38,9 %) und außerdem

1,7 Prozentpunkte unterhalb des hessischen Durchschnitts. Im Vergleich zur Europawahl 2004 ist in Kassel der Rückgang in der Wahlbeteiligung am größten (- 1,6 Prozentpunkte). Offenbach und Wiesbaden bilden das Mittelfeld (- 1,7 und - 1,4 Prozentpunkte). Allein in Darmstadt gingen sogar mehr Bürgerrinnen und Bürger als bei der Europawahl 2004 in die Wahllokale (6,6 Prozentpunkte). Insgesamt betrachtet waren die Hessen wieder weniger bereit wählen zu gehen (37,9 %), als die anderen Bundesbürger (43,3 %).

*CDU bestes Ergebnis
in Wiesbaden*

Auch wenn in der landesweiten Gewinn- und Verlustrechnung vor den 4,8 Prozentpunkten ein Minus steht - in der Landeshauptstadt können die christdemokratischen EU-Kandidatinnen und -Kandidaten den stärksten Rückhalt in der wahlberechtigten Bevölkerung genießen. Im Stadt- und Zeitvergleich wird deutlich, dass die CDU von den Landeshauptstädtern zum dritten Mal in Folge einen überdurchschnittlichen Zuspruch erhält - wenn auch mit abnehmender Tendenz. Bewahrheitet haben sich die Vorhersagen eines „Debakels für die CDU“ in Darmstadt. Hier schneidet die Partei mit 27 %, d. h. fünf Prozentpunkten unterhalb des Wahlergebnisses von 2004 sowie neun bzw. elf Prozentpunkten unterhalb des Landes- bzw. Bundesergebnisses, am schlechtesten ab.

*SPD in Wiesbaden
besser als im Bund*

Für die Europawahl ist die SPD in Kassel mit 26,1 % eindeutig besser aufgestellt, als in den anderen hessischen Großstädten (im Schnitt 20,5 %) und im Landesdurchschnitt (24,4 %) ebenso wie im Durchschnitt der gesamten Republik (20,8 %). In Wiesbaden und Darmstadt bewegt sich der Zuspruch für die Partei auf nahezu gleichem Niveau von ca. 21 % aber noch oberhalb des bundesweiten Ergebnisses. Ähnlich wie der CDU in Darmstadt ergeht es der SPD in Frankfurt. Mit 18,7 % erlebt die Partei in Frankfurt ihr „Debakel“. Dieses ist das schlechteste Ergebnis im Vergleich sowohl mit den anderen hessischen Großstädten als auch im Landes- und Bundesdurchschnitt (24,4 % bzw. 20,8 %).

*GRÜNE bestes Ergebnis
in Darmstadt ...*

Die GRÜNEN bekamen in Wiesbaden zwar 2,9 Prozent-

punkte mehr Stimmen als im hessischen Mittel, dennoch erzielten sie in Darmstadt, Frankfurt und Kassel Ergebnisse, die deutlich über dem Wiesbadener Abschneiden liegen. Das zweistellige Ergebnis übertrifft sogar das Resultat der Bundestagswahl 2005 um annähernd fünf Prozentpunkte, so dass für die Wiesbadener Wählerinnen und Wähler die GRÜNEN eher eine Europa- als Bundespartei zu sein scheint. Die Präferenzen, den GRÜNEN Sitze im Europaparlament zu verschaffen, sind in Darmstadt größer als in allen anderen hessischen kreisfreien Städten. Über ein Viertel aller Darmstädter Wahlberechtigten machten die GRÜNEN damit zur stärksten Partei.

*Trend zum Liberalismus
in Frankfurt am stärksten*

Ungeachtet des guten Ergebnisses für die FDP-Kandidatinnen und -Kandidaten ist Wiesbaden für sie nur das zweitbeste politische Pflaster. Den Liberalen Sitze im Europaparlament zu verschaffen, ist in Frankfurt verbreiteter als in den anderen hessischen kreisfreien Städten. Immerhin 13,1 % der Wiesbadener Wählerinnen und Wähler zeigen den Liberalen ihre Sympathien. 10,7 % aller Darmstädter Wahlberechtigten votieren für die FDP und in Kassel wird mit 9,5 % die Zehn-Prozent-Marke nicht genommen.

*Linkspartei stark
in Frankfurt und Kassel*

Die Linkspartei bekommt auf Anhieb sechs bis sieben Prozent aller Stimmen in den beiden Städten Frankfurt und Kassel und erzielt dort ein Ergebnis, das fast an das bundesweite Abschneiden von 7,5 % heranreicht. Des Weiteren übertreffen DIE LINKEN in Darmstadt (5,2 %) und Offenbach (5,7 %) die Fünf-Prozent-Hürde. In Wiesbaden hingegen bleiben sie darunter. Der Vergleich mit der Vorgängerpartei PDS verdeutlicht einen durchgängig überdurchschnittlichen Stimmengewinn, der sich zwischen 2,2 und 2,7 Prozentpunkten bewegt. Für Hessen und Gesamtdeutschland fallen die zusätzlichen Stimmen für DIE LINKEN mit + 1,8 bzw. + 1,4 Prozentpunkten etwas weniger zahlreich aus.

*Fast jede/r zehnte Offenbacher
Wähler/in wählt Sonstige*

Die 26 sonstigen Parteien und politischen Vereinigungen schneiden in Offenbach mit 9,4 % am besten ab.

Fazit

Bei nochmals gesunkener Wahlbeteiligung, der geringsten in der Geschichte der Europawahl, ergibt sich für das Wiesbadener Wahlgeschehen folgende Ergebnisbilanz:

- CDU gewinnt die Europawahl 2009, muss aber die höchsten Verluste hinnehmen
- SPD zweitstärkste Kraft, muss aber auch Verluste verbuchen
- DIE GRÜNEN wiederum auf Platz 3
- FDP und LINKEN sind Gewinner bei den Zuwachsraten.

Die Botschaft der Wiesbadener Wählerinnen und Wähler an Brüssel und Straßburg kann damit nicht deutlicher ausfallen: Zukünftige Europapolitik soll aus der „bürgerlichen Mitte“ des Parteienspektrums kommen. Dabei ist die Annahme, der Wiesbadener Wähler habe sich an den Machtverhältnissen nach der letzten Landtagswahl orientiert, nicht ganz abwegig.

In der hessischen Landeshauptstadt dominiert zumindest rein rechnerisch diesmal nicht das gewohnte Bild von „Schwarz-Gelb“, die zusammen genommen auf 49,7 % kommen, sondern das von „Schwarz-Grün“ (54,9 %). In die gleiche politische Richtung verweisen auch die Ergebnisse in Frankfurt, Kassel und Offenbach. Die Darmstädter haben sich entgegen dem Trend in Hessen und im Bund für die GRÜNEN als stärkste politische Kraft entschieden.

Tab. 2:
Ergebnisse der Europawahlen seit 1999
- Hessenstädte, Land und Bund

	Wahl- jahr	Wahl- beteiligung in %	Von den gültigen Stimmen entfielen in % auf ...					
			CDU 1)	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE 2)	Sonstige
Darmstadt	1999	43,0	40,0	31,9	16,2	5,0	2,8	4,1
	2004	42,3	32,2	21,1	27,9	8,0	3,0	7,8
	v 2009	48,9	27,2	21,5	27,5	10,7	5,2	7,9
Frankfurt	1999	41,9	44,1	28,6	14,5	4,6	3,4	4,8
	2004	39,8	35,1	19,3	25,0	8,1	3,4	9,1
	v 2009	38,9	30,9	18,7	23,1	14,0	6,1	7,2
Kassel	1999	39,2	41,6	36,4	12,0	3,4	3,0	3,6
	2004	37,2	32,0	26,0	23,4	6,4	4,1	8,1
	v 2009	35,6	28,7	26,1	22,6	9,5	6,6	6,5
Offenbach	1999	38,2	46,7	31,0	9,7	3,6	2,6	6,4
	2004	34,9	39,3	21,4	17,5	6,5	3,1	12,2
	v 2009	33,2	35,0	20,6	17,6	11,7	5,7	9,4
Wiesbaden	1999	40,4	47,9	30,5	10,0	4,4	1,9	5,3
	2004	37,6	40,0	22,3	18,1	8,9	1,8	8,9
	v 2009	36,2	36,6	21,2	17,9	13,1	4,0	7,2
Hessen	1999	42,1	47,3	34,5	8,0	3,9	1,6	4,7
	2004	37,8	41,2	24,5	15,0	7,6	2,1	9,6
	v 2009	37,9	36,4	24,4	15,0	12,6	3,9	7,7
Bundesgebiet	1999	45,2	48,7	30,7	6,4	3,0	5,8	5,4
	2004	43,0	44,5	21,5	11,9	6,1	6,1	9,9
	v 2009	43,3	37,9	20,8	12,1	11,0	7,5	10,8

v = vorläufige Ergebnisse

1) Bundesgebiet = CDU + CSU

2) 2004 = PDS

Quelle: Internet Hessisches Statistisches Landesamt und Bundeswahlleiter
Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

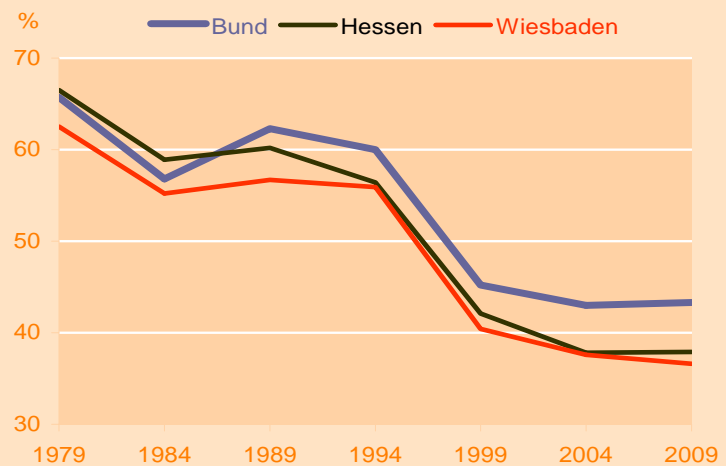


Wahlbeteiligung, Anhänger mobilisierung, Verankerung der Parteien in der Wiesbadener Bürgerschaft

Wahlbeteiligung ist Indiz für Interesse an Europäischer Gemeinschaft

Den Europawahlen geht kein betonter politischer Wahlkampf der Spitzenkandidaten voraus wie bei Landtagswahlen. Somit ist bei einer Europawahl die Wahlbeteiligung ein hinreichendes Indiz dafür, inwieweit sich die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger für die Europäische Gemeinschaft interessieren, wie sehr sie sich mit Europa identifizieren und wie zufrieden sie mit den politischen Verantwortlichen sind.

Bild 1:
Wahlbeteiligung bei den Europawahlen
- Bund, Hessen und Wiesbaden



Quelle: Internet Hessisches Statistisches Landesamt, Bundeswahlleiter, Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



Seit 1979 schwinden die Sympathien für Europa

Legt man also die Wahlbeteiligung als Kriterium für den Erfolg der Europäischen Gemeinschaft zugrunde, kommt man zu dem Resultat, dass die Sympathien der Bürgerinnen und Bürger seit ihrem Bestehen stetig abnehmen. Zur ersten Europawahl 1979 gingen in Wiesbaden wie in der gesamten Bundesrepublik zwei Drittel der Wahlberechtigten zur Wahl. Bis 2004 gaben pro Wahl durchschnittlich fünf Prozent weniger Wahlberechtigte ihre Stimme ab. Und das Bild 1 zeigt außerdem, dass der Wahleifer in Wiesbaden stets weniger ausgeprägt war als in der übrigen Bundesrepublik.

Die Frage ist deshalb, ob sich mit der Europawahl am vergangenen Sonntag eine Trendwende in der Wahlabsistenz abzeichnet, d. h. ob sich die Bürgerinnen und Bürger wieder stärker mobilisieren ließen als zur Europawahl 2004.

Ein Schub war nicht zu erwarten

Diese Frage bereits im Vorfeld der Wahl zu verneinen, erschien plausibel, denn es gab einige schwerwiegende Indizien, die keinen aktivierenden Schub erwarten ließen. Nach wie vor verstehen die meisten Menschen nicht, was das Europäische Parlament genau tut. Zudem ist Europa nicht mit prominenten Gesichtern verbunden. Der Wahlkampf der Parteien sparte weitestgehend europäische Themen aus und verlief größtenteils eindrucklos.

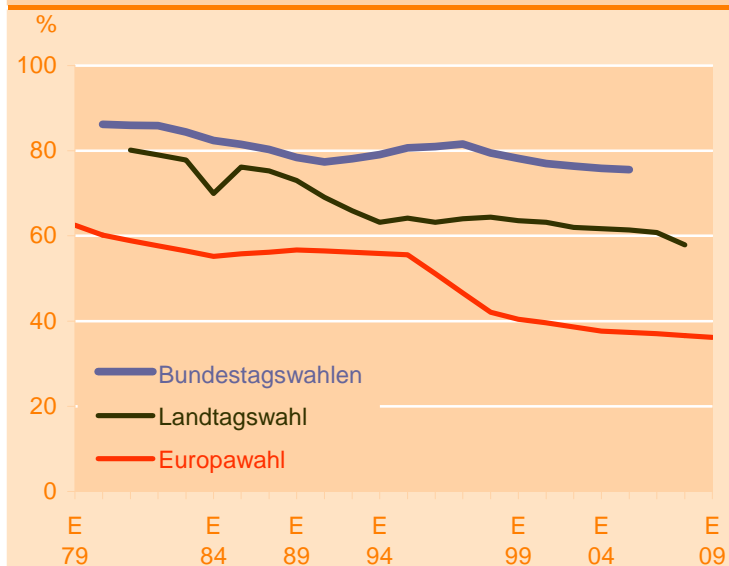
Erneut niedrigere Wahlbeteiligung

Von den 188 228 Wahlberechtigten haben am letzten Sonntag lediglich 68 166 Bürgerinnen und Bürger ihre Stimme abgegeben. Die Wahlbeteiligung von 36,2 % ist somit im Vergleich zur Europawahl 2004 erneut gesunken, und zwar um 1,4 Prozentpunkte. Dieser Wert markiert nicht nur einen neuen Tiefstand in der Wiesbadener Geschichte der Wahl zum Europäischen Parlament, sondern unterscheidet sich auch von dem Anschein einer Stabilisation auf Landes- und Bundesebene (+ 0,1 bzw. + 0,3 Prozentpunkte).

*EU-Parlament
noch nie hohe Priorität*

Die Wiesbadener Wählerinnen und Wähler stuften das Europäische Parlament noch nie sehr hoch ein. Dies zumindest signalisiert der Verlauf der Wahlbeteiligung seit der ersten Europawahl im Bild 2. Im Schatten von Bundes- und Landtagswahlen rangierte die Wahlbeteiligung stets an letzter Stelle. Und die Kluft zwischen den Europawahlen einerseits und den Bundes- bzw. Landtagswahlen andererseits wurde in den vergangenen Jahren stetig größer.

Bild 2:
Wahlbeteiligung in Wiesbaden
bei Europa-, Bundes- und Landtagswahlen seit 1979



Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik



*Briefwähler
sind zumeist Unions- und FDP-
Wähler*

Die Mehrzahl der Wähler bevorzugte wieder den Gang zur Urne. Fast 19 % nahmen an der Abstimmung per Briefwahl teil. Im Vergleich zur Europawahl 2004 nutzten zusätzlich 2 533 Wahlberechtigte (+ 4,1 Prozentpunkte) die Möglichkeit der Briefwahl. Die Briefwähler votierten bei zurückliegenden Wahlen überdurchschnittlich zugunsten der Christdemokraten, so ist es auch bei der Europawahl am vergangenen Sonntag geschehen. In gleicher Weise treten bei der FDP Votumsunterschiede zwischen Briefwählern und Urnengängern auf. Die SPD, GRÜNEN und LINKEN werden von den Urnenwählern favorisiert (s. A34 sowie Bild 1A).

*Wählerpotentiale und
Ausschöpfungsquoten*

Angesicht der geringen Wahlbeteiligung und der großen politischen Konkurrenz sind folgende Fragen von Interesse:

1. Wie hoch wurde das Wählerpotential einzelner Parteien in Wiesbaden tatsächlich ausgeschöpft bzw. mobilisiert?
2. Welcher Partei gelang es am besten, ihre Anhänger zur Stimmabgabe zu mobilisieren?

Vorausgegangene Bundestagswahl für Schätzmethode relevant

Die Abschätzung der Wählermobilisierung erfolgt mit dem Modellansatz des „lokalen Wählerpotentials“. Bei der Berechnung von parteispezifischen Mobilisierungsraten wird von der Annahme ausgegangen, dass das Zweitstimmenergebnis für eine Partei bei einer vorausgegangenen Bundestagswahl das maximale Potential für diese Partei darstellt. Denn entgegen veränderter Verhaltensnormen kommen vor allem bei Bundestagswahlen Parteienbindung, Identifikation mit einer Partei und längerfristige Überzeugungen viel stärker zum Tragen als bei anderen Wahlarten, bei denen sich erheblich mehr Bürger als Wechsel- oder Nichtwähler verhalten.

Tab. 3:
Mobilisierungswerte der Parteien
bei der Europawahl 2009 in Wiesbaden

Partei/Wahl	Stimmenanteil bezogen auf alle ...		Ausschöpfungs- quote
	gültigen Stimmen	Wahl- berechtigten	
	1	2	3
CDU			
BW 2005	32,1	23,9	100
EW 2009	36,6	13,1	55
EW 2004	40,0	14,8	62
SPD			
BW 2005	32,6	24,2	100
EW 2009	21,2	7,6	31
EW 2004	22,3	8,2	34
GRÜNE			
BW 2005	13,3	9,9	100
EW 2009	17,9	6,4	65
EW 2004	18,1	6,7	68
FDP			
BW 2005	13,3	9,9	100
EW 2009	13,1	4,7	47
EW 2004	8,9	3,3	33
LINKE 1)			
BW 2005	5,1	3,8	100
EW 2009	4,0	1,4	37
EW 2004	1,8	0,7	18

1) 2004 = PDS

Eigene Berechnungen.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik



Ausschöpfungsquoten beruhen auf Zahl der Wahlberechtigten

Die Darstellung von Wahlergebnissen erfolgt üblicherweise anhand der auf die einzelnen Parteien entfallenen Stimmen bezogen auf die Zahl der gültigen Stimmen insgesamt. Bei dieser politisch relevanten Betrachtungsweise bleibt jedoch die unterschiedlich hohe Wahlbeteiligung bei Wahlen unberücksichtigt, was zu gewissen Informationsverlusten führt.

So muss beispielsweise ein konstanter Stimmenanteil einer Partei bei aufeinander folgenden Wahlen nicht unbedingt auch mit einer konstanten Wählergunst einhergehen. Ein solches Ergebnis kann auch deshalb entstehen, weil die betreffende Partei zwar erheblich Wähler verloren hat, andererseits aber auch die Wahlbeteiligung gesunken ist. Demzufolge hat sich der Stimmenanteil dieser Partei gegenüber der vorherigen Wahl de facto nicht verändert.

Aus diesem Grunde wird in der Tab. 3 für die einzelnen Parteien neben dem amtlichen Wahlergebnis (Spalte 1), auch der Stimmenanteil bezogen auf die Anzahl der Wahlberechtigten (Spalte 2) sowie ihr prozentualer Anteil gegenüber der Bundestagswahl 2005, die so genannte Ausschöpfungsquote (Spalte 3) dargestellt.

Der Annahme entsprechend werden die bei der Bundestagswahl 2005 erreichten Wahlergebnisse der Parteien als Basis genommen (d. h. = 100), um die entsprechenden Mobilisierungswerte (Spalte 3) zu berechnen.

Mobilisierungsschwächen bei allen Parteien

Erkennbar wird, dass alle Parteien ihr Wählerpotential auch bei dieser Europawahl wiederum nicht ausschöpfen können (s. Tab. 3 / Spalte 3). Während die GRÜNEN ihre Wählerschaft noch zu 65 % an die Urnen bringt, gelingt dies der SPD lediglich zu 31 %.

CDU mit stärkstem Rückgang in der Ausschöpfungsquote

Erheblich schlechter mobilisieren die Christdemokraten ihre Anhänger für die diesjährige Europawahl. So lässt sich etwas über die Hälfte des konservativen Wählerpotential aktivieren. Im Vergleich zur Europawahl 2004 hat die CDU aber doch etwas gemeinsam mit der SPD und den GRÜNEN, nämlich überdurchschnittliche Mobilisierungsrückgänge. Auf der anderen Seite können sich FDP und Linkspartei, über mehr Rückenwind aus den eigenen Reihen freuen.

*SPD
schöpft Wählergemeinde
zu einem Drittel aus ...*

Die SPD verschlechterte sich zur Europawahl 2004 um drei Prozentpunkte. Somit schöpfte sie ihre Wählergemeinde nicht einmal zu einem Drittel aus. Dies ist für die Sozialdemokraten ein Tiefpunkt, steht doch hinter dieser Zahl auch ein größer werdendes Unbehagen unter den sozialdemokratischen Wählerinnen und Wählern hinsichtlich der EU-Kompetenz ihrer Partei.

*DIE GRÜNEN
mit zwei Drittel am besten*

Die GRÜNEN, das zeigen die Wahlergebnisse seit 1979, werden zunehmend eine Partei für Europa und dementsprechend zahlreich ließen sich die GRÜNEN-Wählerinnen und -wähler wieder aktivieren. Das Mobilisierungsvermögen der Partei ist bei der diesjährigen Europawahl am besten ausgeprägt. Dennoch liegt der Wert 3 Prozentpunkte unterhalb des Wertes der Europawahl 2004 (68 %).

*die Liberalen
mit höchster Steigerung
der Ausschöpfungsquote*

Von den kleinen Parteien ist es der FDP gelungen eine für ihre Maßstäbe hohe Aktivierungsquote zu erreichen. Ihre Mobilisierungsrate lag bei 47 und somit 14 Prozentpunkte höher als bei den Europawahlen 2004 (s. Tab. 3 / Spalte 4). Die Liberalen haben es damit geschafft, in der Anhängerschaft ihr Europaprofil zu stärken und weitere Sympathisanten für eine Stimmabgabe zu bewegen.

*DIE LINKEN
steigern auch ihre Ausschöpfung*

Ungeachtet der insgesamt rückläufigen Wählerzahlen kann vor allem die Partei DIE LINKEN ihren Rückhalt bei Europawahlen ausbauen. So macht die letzte Wahl deutlich, dass ein wachsender Anteil in der Linken-Wählerklientel Wiesbadens der Partei auch auf Europaebene etwas zutraut. Im Vergleich zur Europawahl 2004 gesellt sich zu jeder Linken-Parteianhängerin bzw. zu jedem Linken-Parteianhänger durchschnittlich eine weitere Wählerin bzw. ein weiterer Wähler. Insgesamt betrachtet können die Mobilisierungsanstrengungen der Linkspartei mit einer Verdoppelung der Ausschöpfungsquote von 18 auf 37 beziffert werden.

Mit Hilfe des Mobilisierungsmodells lassen sich nicht nur Aussagen über die Wähleraktivierung der einzelnen Parteien treffen, sondern auch die Frage beantworten, wie viele Stimmen die Parteien in Wiesbaden bei der Wahl am Sonntag hätten erwarten können, wenn sie ihr Anhängerpotential voll ausgeschöpft hätten.

Tab. 4:
Erwartungswerte für die Parteien
bei der Europawahl 2009

Stimmen	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE
Erwartungswert	44 972	45 356	18 649	18 589	7 299
tatsächlich erhalten	24 650	14 244	12 056	8 825	2 689

Eigene Berechnungen.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik



*CDU
erreicht nicht die erwartete
Stimmzahl*

Legt man den statistisch ermittelten Erwartungswert zugrunde, erhielten die Sozialdemokraten die meisten Stimmen und der Abstand zwischen FDP und GRÜNE würde auf wenige Stimmen zugunsten der GRÜNEN schrumpfen. Jedoch kommt es durch die Unterschiede in der parteispezifischen Anhänger mobilisierung zu anderen Resultaten. Wie Tab. 4 zeigt, erreicht keine Partei ihren Erwartungswert, wodurch das unbefriedigende Abschneiden aller Parteien bei Europawahlen nochmals belegt werden kann. Die SPD hat mehr als 31 000 Wahlberechtigte innerhalb ihrer Anhängerschaft nicht zu einer Stimmabgabe für sie bewegen können. Bei der CDU beläuft sich diese Zahl auf immerhin noch 20 300. Selbst bei den kleineren Parteien fehlen mehrere tausend Wahlberechtigte ihrer eigenen Anhängerschaft.

*Das „Schwarz-Gelbe-Lager“
am motiviertesten*

Auch wenn sich die Parteienbindung allgemein gelockert hat und Europawahlen traditionell jene Wahlen sind, bei denen Wählerinnen und Wähler besonders experimentierfreudig sind, kann man davon ausgehen, dass sich Wechselwähler hauptsächlich innerhalb ihres „Lagers“ bewegen. Danach hat „Schwarz-Gelb“ den Erwartungswert am ehesten erreicht (30 100 Stimmen weniger als erwartet) als „Rot-Grün“, die insgesamt mehr als 37 700 zusätzliche Stimmen aus ihrer Anhängerschaft hätten bekommen können.

Verankerung in der Bürgerschaft

Aus dem Verhältnis zwischen parteispezifischem Wahlergebnis und Wahlberechtigtenzahl (d. h. Ausblendung der Wahlbeteiligung) ergibt sich ein weiterer Gesichtspunkt: Man kann erkennen, wie stark die einzelnen Parteien in der Wiesbadener Bürgerschaft verankert sind oder wie groß die Integrationskraft der politischen Gruppierungen zum jeweiligen Zeitpunkt der Europawahl ist. Die Zeitreihe in Tab. 5 veranschaulicht diese Parteienbindung recht gut.

Tab. 5:
Verankerung der Parteien in der Wiesbadener Bürgerschaft seit der ersten Europawahl 1979
(Stimmenanteile in v. H. der Wahlberechtigten)

Europa-wahl	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE 1)
1979	27,2	27,7	1,8	4,9	x
1984	22,5	21,7	4,8	3,3	x
1989	17,8	22,0	6,0	4,2	x
1994	20,0	16,8	8,1	3,0	0,5
1999	19,2	12,2	4,0	1,7	0,8
2004	14,8	8,2	6,7	3,3	0,7
2009	13,1	7,6	6,4	4,7	1,4

1) 1994-2004 = PDS.

x = keine Kandidatur

Eigene Berechnungen.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik

*CDU**mit erfolgreichster Wahlgeschichte*

Der abermalige Sieg der Christdemokraten reiht sich in die erfolgreiche Bilanz bei Europawahlen ein. Über die 30 Jahre gesehen lag die Verankerung der CDU bei durchschnittlich 19 %, d. h. die Partei hatte bei Europawahlen annähernd jede fünfte wahlberechtigte Bürgerin bzw. jeden fünften wahlberechtigten Bürger in Wiesbaden hinter sich. Diese 19 % beruhen allerdings auf besseren Ergebnissen in den früheren Jahren. Das kontinuierliche Verlieren an Boden in der Bevölkerung führt dazu, dass seit 2004 lediglich jeder siebente Wahlberechtigte für die CDU votiert.

SPD im Abwärtstrend

Die zweite große Volkspartei muss ebenfalls gegen einen Negativtrend „ankämpfen“. Eine mit der CDU vergleichbare Integrationsleistung erreichte die SPD lediglich punktuell zu den Wahlen 1979 und 1989, wo sie sogar mehr Bürgerinnen und Bürger für sich gewinnen konnte als die CDU. Ansonsten band die SPD im Schnitt nur rund 17 % der Wahlberechtigten an sich. Auch mit der jetzigen Wahl haben sich die Präferenzen für die Politik auf Europalebene wieder nicht zugunsten der SPD entwickelt. Die Sozialdemokraten können nunmehr lediglich jede/-n dreizehnte wahlberechtigte/-n Wiesbadener Bürger/-in an sich binden.

GRÜNE im Aufwärtstrend ...

Der Rückhalt der GRÜNEN in der Bevölkerung war bei Europawahlen von unterschiedlichen Trends gekennzeichnet, mit 5,4 % im Schnitt jedoch besser als bei der FDP (3,6 %). Bis 1994 besaßen sie ein stetig wachsendes Integrationsvermögen. Nach dem sie zur Europawahl 1999 bei wenigen Bürgerinnen und Bürgern Akzeptanz fanden, kam es 2004 zu einem erneuten Schub. Das Ergebnis dieser Wahl ist mit dem von der Wahl vor fünf Jahren weitestgehend identisch. Somit scheint sich für die GRÜNEN eine stabile Wählerbasis für Europawahlen abzuzeichnen.

... so wie auch die FDP ...

Die Verankerung der Liberalen befindet sich nach 20 Jahren Rückgang seit der Europawahl 2004 wieder in einem Aufwärtstrend. Die langjährige mittlere Integrationskraft der FDP von 3,6 % wird dieses Mal erstmals wieder seit 1989 überschritten.

... und DIE LINKE

Die LINKE beteiligt sich mit ihrer Vorgängerpartei PDS erst seit 1994 an Europawahlen, deshalb ist eine Trendbetrachtung lediglich über die vier letzten Wahlen möglich. In dieser Zeit haben immer mehr Wahlberechtigte ihre Stimme bei Europawahlen den LINKEN gegeben.

*Keine Überraschungen
bei dieser Europawahl*

Fazit

Bei Europawahlen schaffen es die beiden großen Volksparteien insgesamt nur noch rund 20 % der Bürgerschaft an sich zu binden. Für nahezu 13 % der Bürgerinnen und Bürger stellen die drei kleineren Parteien eine politische Heimat dar. Dieser Anteil ist mit der Wahl am vergangenen Sonntag nochmals angestiegen. Der Effekt, dass sich große und kleine Parteien annähern und es zu einem Gleichgewicht der parteipolitischen Bindungskräfte kommt, war auch bei der letzten Landtagswahl in Hessen zu beobachten.

Des Weiteren findet in Wiesbaden das „Schwarz-Gelbe-Lager“ mit ca. 18 % einen breiteren Rückhalt als das „Rot-Grüne-Lager“ mit 14 %. Hierin zeigt sich eine über die verschiedenen Wahlarten hinweg gleichermaßen ausgeprägte Präferenz der Wiesbadener Wählerinnen und Wähler. Zur Erinnerung sei in diesem Zusammenhang auf die letzte Landtagswahl vor wenigen Monaten verwiesen, bei der der Wiesbadener Wähler genau dasselbe „schwarz-gelbe Mehrheitsbild“ skizzierte.

Struktur der Wahlberechtigten und ihre Wahlbeteiligung nach Alter und Geschlecht

Anzahl der Wahlberechtigten weiter gestiegen

Nachdem die Zahl der Wahlberechtigten in den 80er und 90er Jahren des letzten Jahrhunderts kontinuierlich zurückging, kehrte sich dieser Trend nach der Europawahl 1999 um. Gegenüber 2004 stieg die Zahl der Bürgerinnen und Bürger mit aktivem Wahlrecht nun erneut, und zwar um rund 1 600. Insgesamt haben jetzt in Wiesbaden 188 228 Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, auf die Zusammensetzung des neuen Europaparlaments Einfluss zu nehmen, das sind 68 % der Wiesbadener Bevölkerung. Darunter sind auch 790 potentielle „Erstwähler“, die erst nach der Landtagswahl im Januar dieses Jahres die Volljährigkeit erreicht haben.

Tab. 6:
Zahl der Wahlberechtigten bei Europawahlen seit 1979

Wahljahr	Wahlberechtigte in Wiesbaden
1979	194 124
1984	194 468
1989	192 970
1994	189 928
1999	185 542
2004	186 573
2009	188 228

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



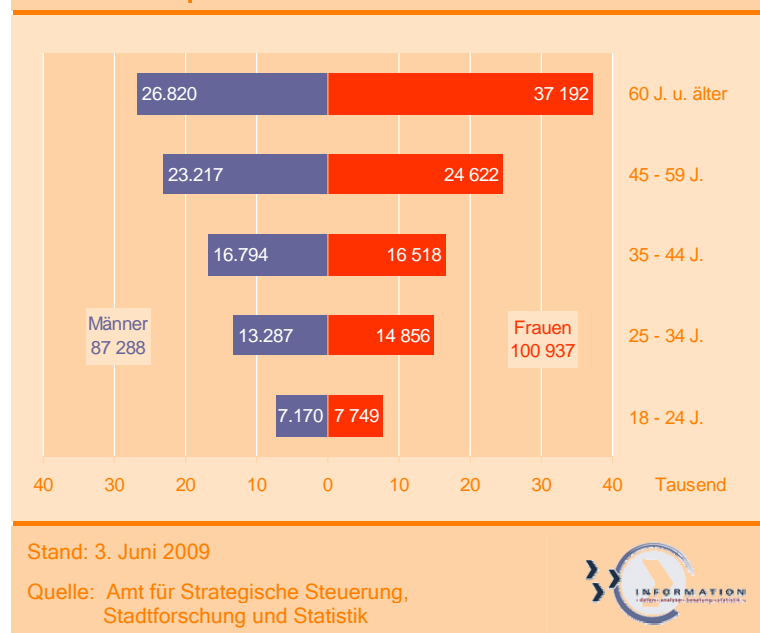
Auch Unionsbürger dürfen wählen, ...

Bei der Europawahl können auch die in der Bundesrepublik Deutschland wohnenden Bürgerinnen und Bürger der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union („Unionsbürger“) teilnehmen. Diese Möglichkeit wurde 1992 durch den Maastrichter Vertrag geschaffen.

... machen davon aber kaum
Gebrauch

Unionsbürger, die in Deutschland ihr aktives Wahlrecht ausüben wollen, müssen einen Antrag auf Eintragung in ein hiesiges Wählerverzeichnis stellen, sofern sie nicht von Amts wegen eingetragen werden.¹ Erst dann zählen sie faktisch als Wahlberechtigte. Dies galt bei dieser Wahl für 444 Personen. Berücksichtigt man, dass in Wiesbaden knapp 17 000 volljährige Einwohnerinnen und Einwohner mit einer ausländischen EU-Staatsangehörigkeit leben, so erscheint der Anteil derer, die sich ins Wählerverzeichnis haben eintragen lassen, mit 2,6 % äußerst gering. Von der Möglichkeit, auf Antrag an der Wahl teilnehmen zu können, wird also wenig Gebrauch gemacht. Auf die soziale Gliederung der Wahlberechtigten in Wiesbaden haben die nichtdeutschen Unionsbürger damit so gut wie keinen Einfluss.

Bild 3:
Wahlberechtigte nach Altersgruppen und Geschlecht
bei der Europawahl 2009



¹ Die wahlberechtigten Unionsbürger werden von Amts wegen in das Wählerverzeichnis eingetragen, sofern sie bereits bei den Europawahlen 1999 oder 2004 aufgrund eines Antrags im Wählerverzeichnis geführt wurden.

Frauen ab 60 stellen ein Fünftel aller Wahlberechtigten

Wie die Grafik zur Alters- und Geschlechtsstruktur der Wahlberechtigten (Bild 3) zeigt, überwiegt der Anteil der Frauen sowohl insgesamt als auch in vier der fünf Altersgruppen. Besonders ausgeprägt ist der „Vorsprung“ in der Gruppe der 60-Jährigen und Älteren, unter denen 58,1 % weiblich sind. Die Altersverteilung aller Wahlberechtigten zeigt zudem einen deutlichen Schwerpunkt bei den älteren Semestern: Senioren ab 60 Jahren machen über ein Drittel (34,0 %) der Wahlberechtigten aus; 59,4 % sind 45 Jahre und älter. Dagegen stellt die jüngste Gruppe (18 bis 24 Jahre) lediglich 7,9 % aller Wahlberechtigten.

Ungleiche Beteiligung

Allein aufgrund dieser demografischen Zusammensetzung der Bürgerschaft sind die Möglichkeiten, den Ausgang der Europawahl 2009 zu beeinflussen, nicht gleichmäßig auf die Altersgruppen und auf Männer und Frauen verteilt. Verstärkt wird dieses „strukturelle Ungleichgewicht“ durch die Tatsache, dass die Wahlbereitschaft je nach Alter und Geschlecht unterschiedlich ausgeprägt ist.

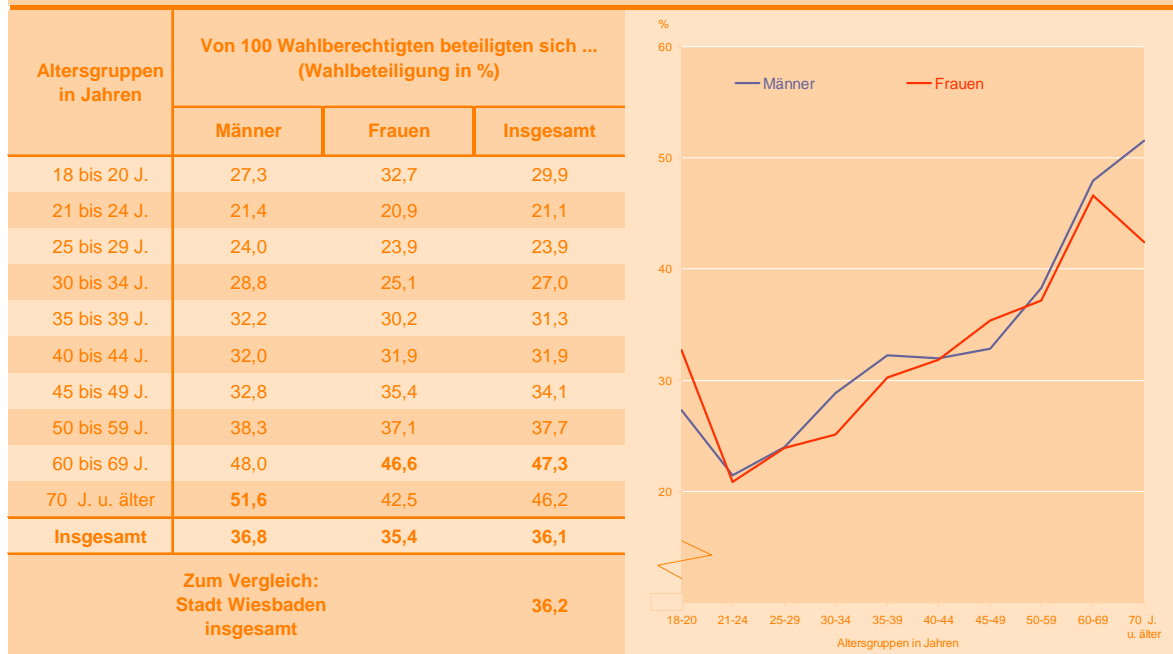
Repräsentative Wahlstatistik

Die folgenden Aussagen sind Ergebnisse der „repräsentativen Wahlstatistik“, die in Wiesbaden in 14 ausgewählten Wahlbezirken durchgeführt wird. Anhand der Wählerverzeichnisse kann dort die Wahlbeteiligung getrennt nach Geschlecht und nach zehn Altersgruppen ermittelt werden.

Männer mit insgesamt höherer Wahlbeteiligung als Frauen

Die Wahlbeteiligung der Frauen liegt auch bei dieser Europawahl wieder unter der der Männer. Dies gilt insgesamt und in acht von zehn Altersgruppen. Namentlich die 21- bis 44-jährigen sowie die 50-jährigen und älteren Frauen gehen seltener wählen als die jeweils gleichaltrigen Männer. Besonders auffällig ist der Unterschied bei den 70-Jährigen und Älteren: Hier machen 51,6 % der Männer, aber nur 42,5 % der Frauen von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Lediglich bei den ganz jungen Wahlberechtigten unter 21 Jahren und denen zwischen 45 und 50 Jahren sind die Frauen wahleifriger als die Männer.

Tab. 7 und Bild 4:
Wahlbeteiligung in Wiesbaden nach Geschlecht und Altersgruppen
bei der Europawahl 2009
Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken



Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



*Wahlbeteiligung
stark vom Alter abhängig*

Von entscheidendem Einfluss auf die Wahlbeteiligung zeigt sich erneut der Faktor „Alter“: Das politische Engagement steigt tendenziell mit zunehmendem Lebensalter an. Von dieser Regel gibt es traditionell zwei Ausnahmen, die durch den jüngsten Wahlgang bestätigt werden: Die geringste Wahlbereitschaft hat nicht die jüngste, sondern die zweitjüngste Altersgruppe. Und im hohen Alter (70 Jahre und älter) nimmt die Beteiligung wieder leicht ab. Am aktivsten präsentieren sich die 60- bis 69-Jährigen; ihre Wahlbeteiligung liegt bei 47,3 % und damit mehr als doppelt so hoch wie bei den 21- bis 24-Jährigen, die mit 21,1 % das Schlusslicht bilden (vgl. Tab. 7).

Wie ausgeprägt die politischen Einflussmöglichkeiten der einzelnen demografischen Bevölkerungsgruppen aufgrund der unterschiedlichen Wahlbereitschaft sind, zeigt folgende Modellrechnung:

Tab. 8:
Wahlberechtigte und Wähler nach Altersgruppen bei der Europawahl 2009

Altersgruppen in Jahren	Wahl- berechtigte abs. 1)	Wahl- beteiligung in %	Wähler abs.	in von Hundert der		Differenz der Anteils- werte
				Wähler	Wahl- be- rechtigten	
18 bis 24 Jahre	14.919	24,3	3.625	5,3	7,9	-2,6
25 bis 34 Jahre	28.143	25,4	7.154	10,5	15,0	-4,4
35 bis 44 Jahre	33.312	31,6	10.540	15,5	17,7	-2,2
45 bis 59 Jahre	47.839	36,3	17.347	25,5	25,4	0,1
60 Jahre u. älter	64.012	46,7	29.878	44,0	34,0	10,0
Zusammen	188.225	36,1	67.938	2) 100,0	100,0	

1) Stand: 3. Juni 2009

2) Aufgrund des Unterschieds der Wahlbeteiligung in der Stichprobe weicht die Gesamtzahl der Wähler von der tatsächlichen ab.



Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

*Jüngere Wahlberechtigte
„verschenken“ politisches
Einflusspotential*

Sie dokumentiert das überproportionale Einflusspotential der älteren Wahlberechtigten. So machen die 60-Jährigen und Älteren schon 34 % der Wahlberechtigten und sogar 44 % der Wähler aus. Umgekehrt fällt die Mitgestaltungskraft der jüngeren Generation mangels Beteiligung noch einmal geringer aus, als sie es angesichts des Altersaufbaus der Bevölkerung sowieso schon ist.

Fazit

Die geringe Wahlbeteiligung dokumentiert sich stärker bei den Frauen als bei den Männern. Tendenziell steigt die Teilnahmequote mit zunehmendem Alter an. Besonders aktiv sind die 60- bis 69-Jährigen, während in der zweitjüngsten Altersgruppe (21 bis 24 Jahre) mit einer Wahlbeteiligung von 21,1 % nur rund ein Fünftel der Wahlberechtigten Interesse an der Europawahl zeigt. Die Älteren, an Zahl ohnehin überlegen, können also aufgrund ihrer höheren Wahlbeteiligung ihren politischen Einfluss ausbauen.

Wahlentscheidung nach Alter und Geschlecht

Aussagekraft der repräsentativen Wahlstatistik

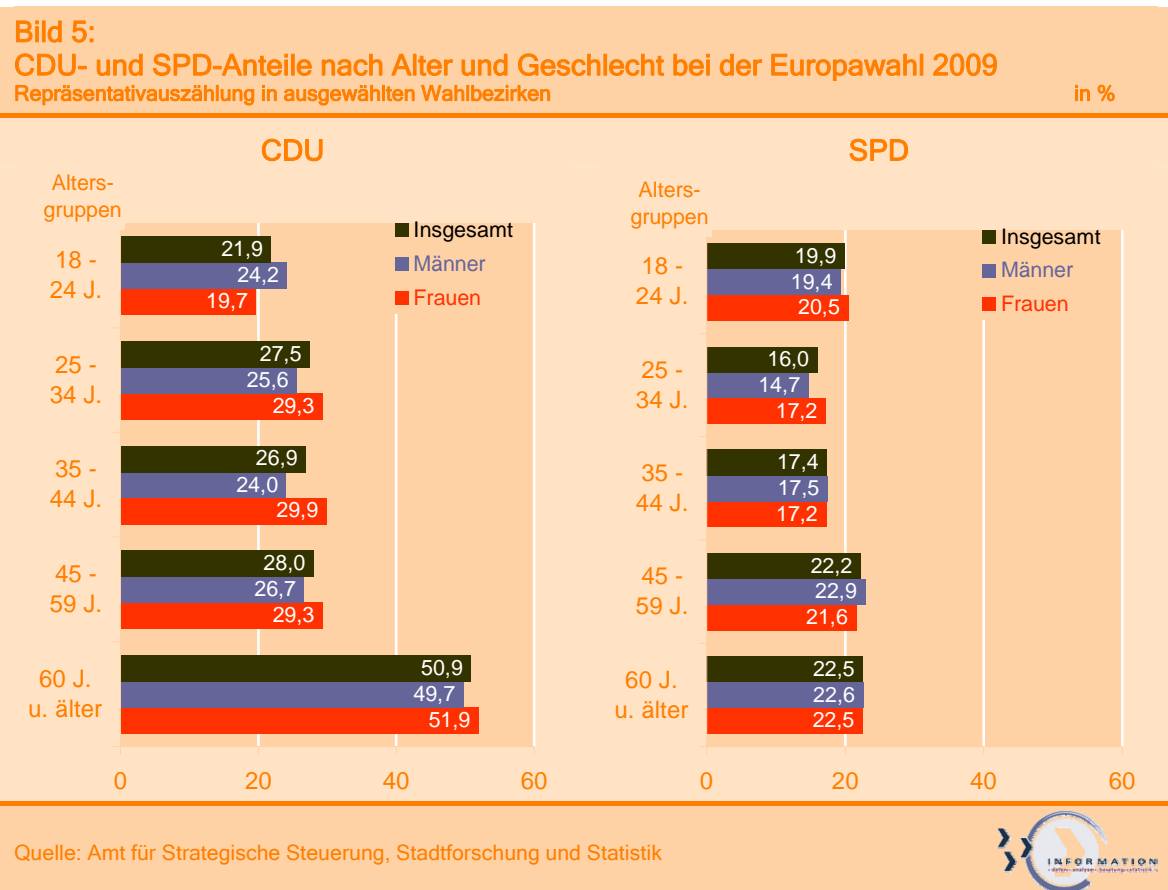
Neben dem Einblick in die alters- und geschlechtsspezifische Wahlbeteiligung erlaubt die repräsentative Wahlstatistik auch eine differenzierte Betrachtung des Abstimmungsverhaltens.

Basis sind 14 ausgewählte Wahlbezirke

In Wiesbaden wird die repräsentative Wahlstatistik in 14 von 189 Wahlbezirken durchgeführt. Briefwahlbezirke sind nicht einbezogen. Die Stichprobe umfasst rund 14 400 Wahlberechtigte, was einem Auswahlsatz von knapp 8 % entspricht. Damit sind zuverlässige Aussagen möglich. Die ausgewählten Wahlbezirke sind jeweils so groß, dass durch die Differenzierung der Stimmzettel das Wahlgeheimnis nicht verletzt werden kann.

Parteipräferenzen nach dem Alter

Geht man der Frage nach, welche Parteipräferenzen die einzelnen Altersgruppen bei der Wahl zum Europaparlament hatten, dann zeigt sich folgendes Bild:



CDU

Besonderen Zuspruch findet die CDU traditionell bei den älteren Wählerinnen und Wählern, und an dieser Tatsache hat sich auch bei dieser Europawahl kaum etwas geändert: Rund die Hälfte der 60-Jährigen und Älteren macht ihre Kreuzchen bei den Christdemokraten (vgl. Bild 5).

Auch in den übrigen Altersgruppen - mit Ausnahme der jüngsten Wählerinnen und Wähler - ist die Sympathie für die Union stärker als für die anderen Parteien. Bei den unter 25-Jährigen allerdings stehen nicht die Christdemokraten, sondern die GRÜNEN auf Platz Eins der Wählergunst.

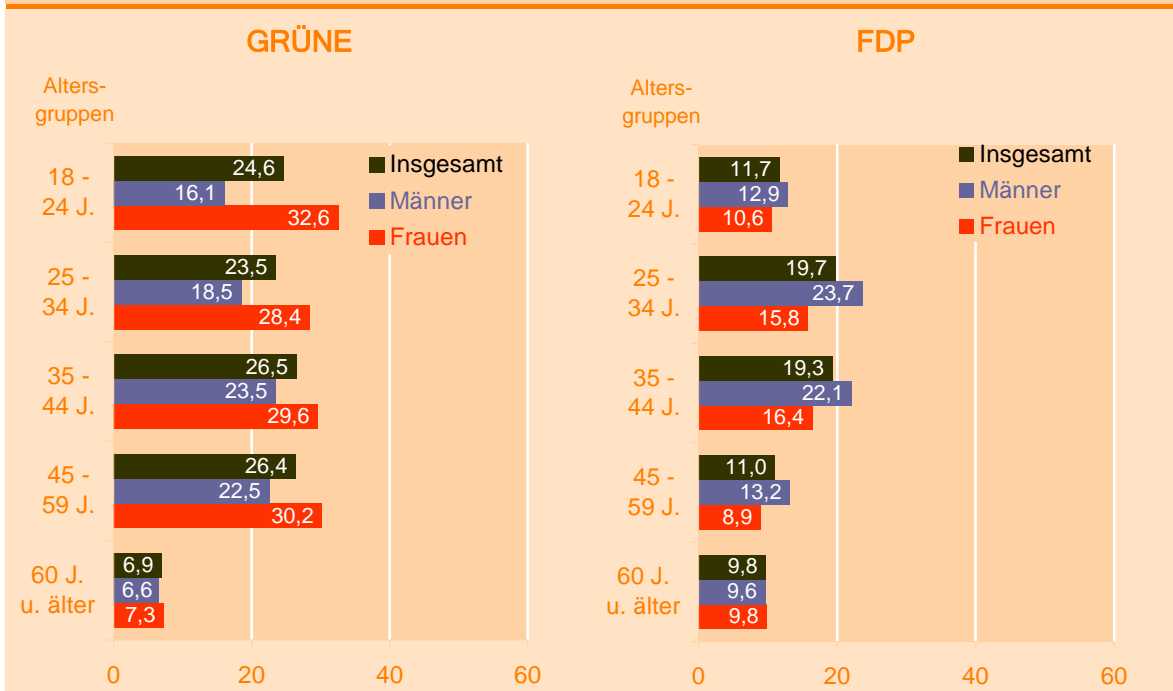
SPD

In der SPD-Wählerschaft finden sich ebenfalls höhere Anteile älterer Wähler, wenn auch die Verteilung weniger alterslastig ist als bei der CDU. In der Gruppe ab 45 Jahren aufwärts liegt der Stimmenanteil der Sozialdemokraten mit 22 bis 23 % etwas über dem Durchschnitt. Insgesamt muss sich die SPD aber bei allen Wählern unter 60 Jahren mit Platz Drei hinter CDU und GRÜNEN begnügen. Gegenüber den Wählerprofilen der anderen Parteien vermittelt die Altersverteilung der SPD-Fürsprecher einen recht ausgewogenen Eindruck (vgl. Bild 5)

GRÜNE

Bereits bei der diesjährigen Landtagswahl hatte sich gezeigt, dass die GRÜNEN für die jüngeren Altersgruppen wieder attraktiver geworden sind. Diese Beobachtung manifestiert sich jetzt anlässlich der Wahl zum Europaparlament: Bei den Wählerinnen und Wählern zwischen Mitte 20 und 60 sind die GRÜNEN in Wiesbaden zweitstärkste Partei nach der CDU; in der jüngsten Altersgruppe der unter 25-Jährigen rangieren sie sogar auf dem ersten Platz vor allen anderen Parteien. Die Seniorinnen und Senioren dagegen stehen den GRÜNEN immer noch skeptisch gegenüber, denn in der Altersgruppe der 60-Jährigen und Älteren erreicht die Partei mit 6,9 % der Stimmen weniger als die Hälfte ihrer durchschnittlichen Sympathiewerte (vgl. Bild 6).

Bild 6:
GRÜNE- und FDP-Anteile nach Alter und Geschlecht bei der Europawahl 2009
 Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken in %



Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik

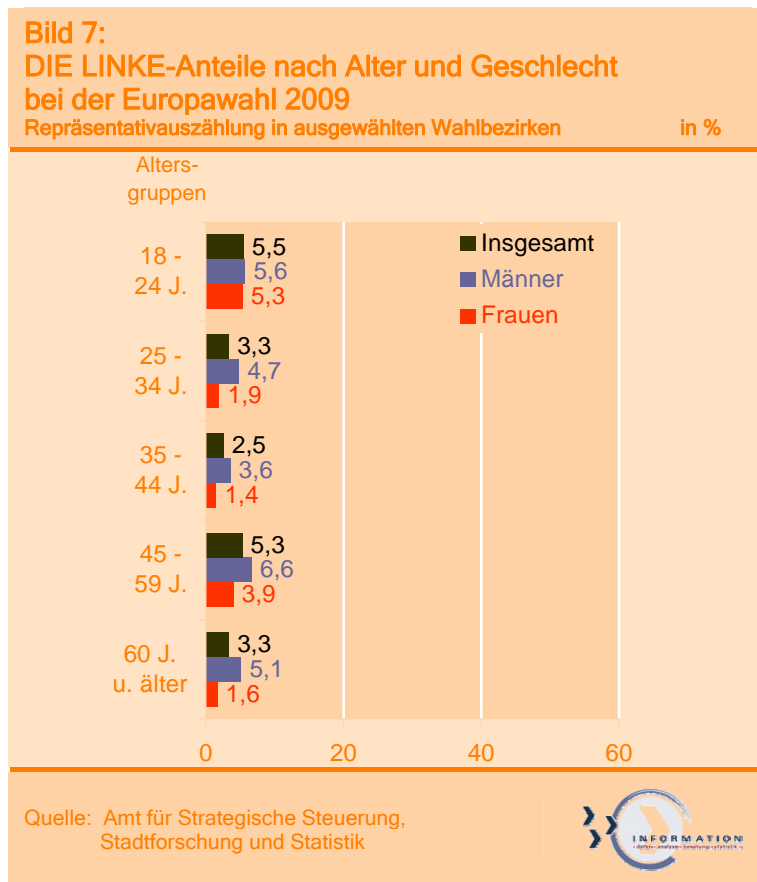


FDP

Wie es sich schon bei früheren Wahlen gezeigt hat, finden die Freien Demokraten bei der Generation zwischen 25 und 45 Jahren deutlich mehr Rückhalt als unter den übrigen Wählern. Weniger Sympathien erntet sie bei den ganz jungen Wählern, den älteren Erwerbstätigen und den Senioren (vgl. Bild 6).

DIE LINKE

Für die erstmals unter ihrem Namen bei einer Europawahl angetretene Partei votiert zum einen die jüngste Altersgruppe vermehrt, zum anderen sprechen sich auch die älteren Erwerbsfähigen in stärkerem Maße für sie aus. Für Seniorinnen und Senioren scheint die LINKE dagegen weniger attraktiv zu sein, und besonders gering fällt der Zuspruch in den mittleren Jahrgängen um die 40 Jahre aus (vgl. Bild 7).



Eine Differenzierung der weiteren Parteienlandschaft nach ihrem Zuspruch aus den einzelnen Altersgruppen ist nicht sinnvoll, da die Stimmenanzahl in den ausgewählten Wahlbezirken für gesicherte Aussagen zu gering ist.

Fazit

Ältere ab 60 Jahre fühlen sich bei der CDU nach wie vor besonders gut aufgehoben, haben aber als Wählergruppe auch für die SPD eine Bedeutung. Sehr gute Akzeptanz finden die GRÜNEN bei den jüngsten Wählerinnen und Wählern, und in den mittleren Altersgruppen haben sie mittlerweile die SPD von Platz Zwei der Wählergunst verdrängt. Die FDP spricht in besonderem Maße die jüngeren Erwerbstätigen an. Die LINKE erhält vermehrten Zuspruch von den Altersgruppen, die ins Erwerbsleben eintreten oder in der zweiten Hälfte des Erwerbslebens stehen.

Tab. 9:
Wahlentscheidung nach Geschlecht und Altersgruppen
bei der Europawahl 2009
 Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken in %

Altersgruppen in Jahren	Von den gültigen Stimmen der Wählerinnen und Wähler in den verschiedenen Altersgruppen erhielten ...				
	CDU	SPD	GRÜNE	FDP	LINKE
Männer					
18 b. 24 J.	24,2	19,4	16,1	12,9	5,6
25 b. 34 J.	25,6	14,7	18,5	23,7	4,7
35 b. 44 J.	24,0	17,5	23,5	22,1	3,6
45 b. 59 J.	26,7	22,9	22,5	13,2	6,6
60 J. und älter	49,7	22,6	6,6	9,6	5,1
Zusammen	34,8	20,8	15,8	14,5	5,2
Frauen					
18 b. 24 J.	19,7	20,5	32,6	10,6	5,3
25 b. 34 J.	29,3	17,2	28,4	15,8	1,9
35 b. 44 J.	29,9	17,2	29,6	16,4	1,4
45 b. 59 J.	29,3	21,6	30,2	8,9	3,9
60 J. und älter	51,9	22,5	7,3	9,8	1,6
Zusammen	37,9	20,7	20,9	11,3	2,5
Männer + Frauen					
18 b. 24 J.	21,9	19,9	24,6	11,7	5,5
25 b. 34 J.	27,5	16,0	23,5	19,7	3,3
35 b. 44 J.	26,9	17,4	26,5	19,3	2,5
45 b. 59 J.	28,0	22,2	26,4	11,0	5,3
60 J. und älter	50,9	22,5	6,9	9,8	3,3
Zusammen	36,3	20,8	18,4	12,9	3,8
ZUM VERGLEICH					
Alle allg. Wahlbezirke					
(= Urnenwahl)	36,1	21,8	18,6	12,2	4,2
Gesamtergebnis					
(= einschl. Briefwahl)	36,6	21,2	17,9	13,1	4,0

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



*Parteipräferenzen
nach dem Geschlecht*

Auch wenn das Wahlverhalten von Frauen und Männern keine so großen Unterschiede aufweist, wie dies bei einer Differenzierung nach dem Alter der Fall ist, so interessiert doch der Gesichtspunkt, welche der angetretenen Parteien stärker vom einen oder vom anderen Geschlecht unterstützt wird.

CDU

Der Zuspruch der Frauen für die Christdemokraten war bei früheren Wahlen fast immer größer als der der Männer. Auch bei der jetzigen Wahl votieren wieder mehr Frauen als Männer für die Union. Dazu tragen fast alle Altersgruppen bei; lediglich von den unter 25-Jährigen können sich mehr Männer als Frauen für die CDU begeistern (vgl. Bild 8).

SPD

Die SPD wird insgesamt von Frauen und Männern gleichermaßen unterstützt. Geschlechtsspezifische Unterschiede treten am ehesten in der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen auf, von denen sich etwas mehr Frauen als Männer für die SPD aussprechen (vgl. Bild 8).

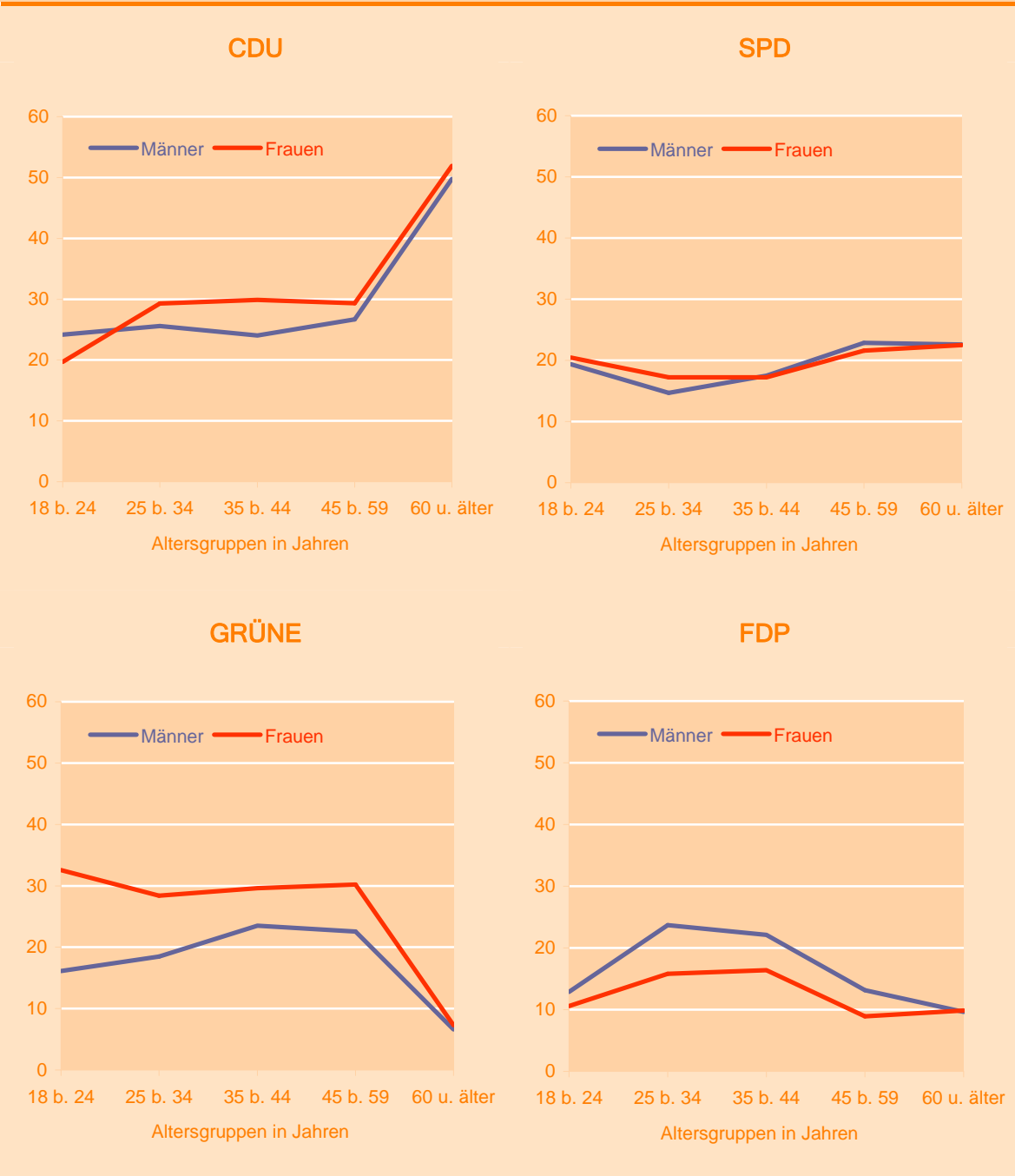
GRÜNE

Für die GRÜNEN votieren deutlich mehr Frauen als Männer. Dabei ist der weibliche Zuspruch in sämtlichen Altersgruppen größer als der der Männer. Sehr auffällig verhält sich die jüngste Altersgruppe: Hier können die GRÜNEN von den Frauen doppelt so hohe Stimmenanteile erzielen wie von den Männern (vgl. Bild 8).

FDP

Die FDP erhält von den Männern (14,5 %) mehr Stimmen als von den Frauen (11,3 %). Besonders deutlich wird der Unterschied bei den Wählerinnen und Wähler um die 30; hier beträgt der „Abstand“ zwischen dem Votum der Geschlechter fast acht Prozentpunkte (vgl. Bild 8).

Bild 8:
Wahlentscheidung nach Geschlecht und Altersgruppen bei der Europawahl 2009
 Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken in %



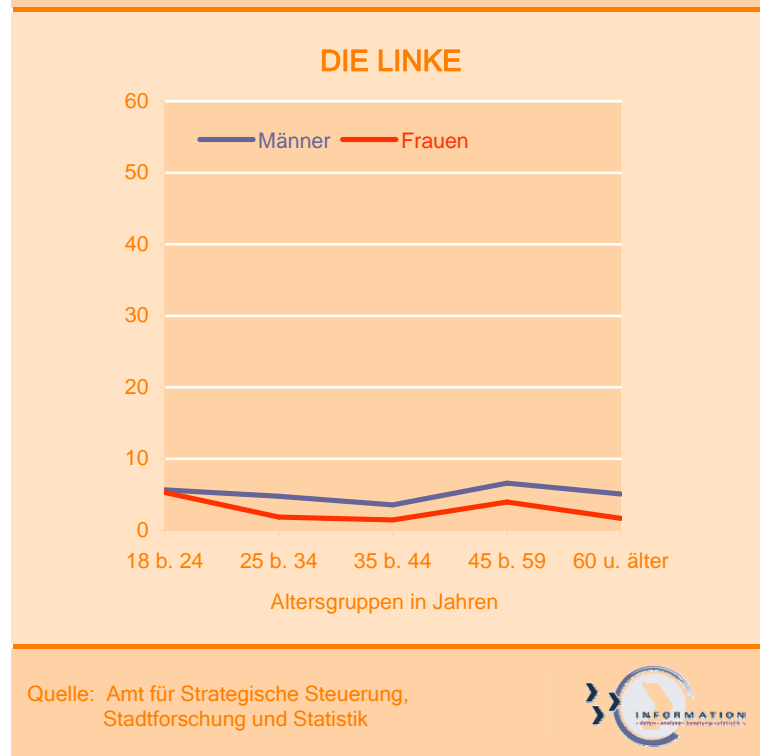
Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik



DIE LINKE

Wie schon bei früheren Wahlen erweist sich die LINKE auch diesmal als Männerpartei; sie wird von Männern mit insgesamt 5,2 % doppelt so stark favorisiert wie von Frauen (2,5 %). In der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen wird die Partei sogar dreimal so häufig von Männern gewählt wie von Frauen.

noch Bild 8:
Wahlentscheidung nach Geschlecht und Altersgruppen bei der Europawahl 2009
Repräsentativauszählung in ausgewählten Wahlbezirken in %

**Fazit**

Bei der jetzigen Europawahl gibt es für die Mehrheit der Parteien eindeutige Geschlechterpräferenzen: CDU und GRÜNE sagen stärker den weiblichen, FDP und LINKE eher den männlichen Wählern zu. Dagegen hängt das Votum für die SPD kaum vom Geschlecht ab.

Wählerwanderungen zwischen den Europawahlen 2004 und 2009

*Wählergunst
auf Wanderschaft*

Nach jeder Wahl stellt sich die Frage nach den Wanderungsbewegungen zwischen den einzelnen Parteien. Dieser Aspekt interessiert Öffentlichkeit und Wahlanalysen, vor allem aber die Parteipolitikerinnen und -politiker. Die Wahlgewinner möchten erfahren, welcher Partei sie Wähler abwerben konnten. Verlierer wollen wissen, an wen sie Stimmen abgeben mussten. Von strategischem Interesse ist dabei auch der Austausch mit der „Partei der Nichtwähler“: Je nach Richtung der Wanderungsbewegung können Mobilisierungserfolge oder -defizite diagnostiziert werden.

*„Parteitreu“
oder „Stimmen-Hopping“?*

Wie „treu“ waren nun Wiesbadens Wählerinnen und Wähler „ihren“ Parteien am vergangenen Sonntag? Welche Verschiebungen, welche Wanderungsbewegungen haben stattgefunden zwischen der Europawahl im Juni 2004 und dem jetzigen Urnengang?

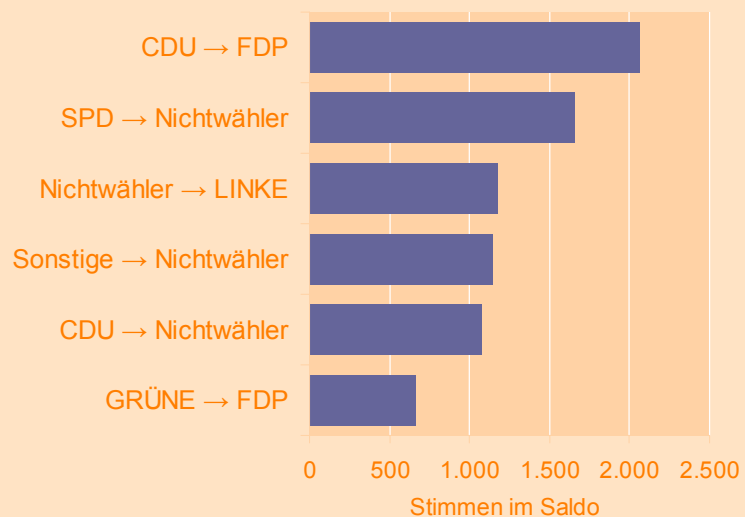
*Modell ermöglicht Schätzung
der Wanderungsbewegungen*

Zur Beantwortung dieser spannenden Frage wird auf ein mathematisch-statistisches Verfahren zurückgegriffen, das in der Wahlforschung als **Logit-Modell** bekannt und bewährt ist. Es stützt sich auf Aggregatdaten und beruht auf den Veränderungen der Stimmenanteile in den 189 allgemeinen Wiesbadener Wahlbezirken: Wenn in besonders vielen Bezirken Stimmeneinbußen einer Partei mit Zugewinnen einer anderen einhergehen, so gilt dies als Indiz für Wählerwanderungen zwischen eben diesen zwei Parteien. Auch die Nichtwähler werden als eigene „Partei“ betrachtet, die „Stimmen“ an andere abgeben oder von anderen profitieren kann.

*Bilanz aus Gewinnen
und Verlusten*

Bild 9 illustriert die Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnung. Dargestellt werden der Übersichtlichkeit halber nicht alle einzelnen Wanderungsströme, sondern deren Salden - jene Wählerwanderungen also, die nicht durch Bewegungen in die Gegenrichtung kompensiert werden. Auch werden solche „Netto-Bilanzen“ graphisch nur dann nachgewiesen, wenn sie mindestens 500 Wahlberechtigte ausmachen.

Bild 9:
Wählerwanderungen in Wiesbaden
zwischen den Europawahlen 2004 und 2009



Quelle: Amt für Strategische Steuerung,
Stadtforschung und Statistik

*Viele CDU-Anhänger
wählen FDP oder bleiben daheim*

Die Christdemokraten bleiben in Wiesbaden zwar mit einem erheblichen Vorsprung vor der SPD stärkste Partei, können aber nicht ganz an ihr gutes Ergebnis von 2004 anknüpfen. Unterm Strich verliert die CDU rund 3 000 Stimmen, und die Analyse der Wählerwanderungen offenbart die Ursache: Rund zwei Drittel der Stimmenverluste gehen an die FDP, weitere gut 1 000 ehemalige Unionsanhänger bleiben den Wahlurnen fern. Das Austauschvolumen mit den anderen Parteien fällt dagegen kaum ins Gewicht.

*Geringe Wahlbeteiligung
schadet der SPD*

Auch die Sozialdemokraten schaffen es nicht, ihr Ergebnis von 2004 zu verbessern; sie erhalten diesmal sogar rund 1 000 Stimmen weniger als vor fünf Jahren. Der Grund ist in einer unzureichenden Mobilmachung ihrer Wählerschaft zu finden: Rund 1 600 ehemalige SPD-Wähler wechselten diesmal zur „Partei der Nichtwähler“. Die Bilanz fiel damit noch schlechter aus, wenn nicht ein paar Ex-Wähler der CDU, der GRÜNEN und der Splitterparteien diesmal ihr Kreuzchen bei der SPD machen würden.

*GRÜNE
mit ausgeglichenem
„Wählerstromkonto“*

Die GRÜNEN erzielen in Wiesbaden ein Ergebnis, das knapp unter dem von 2004 liegt. Als größter Posten in der Wanderungsbilanz der GRÜNEN lässt sich eine Abwanderung zur FDP feststellen. Außerdem gibt es geringe Zugewinne von früheren Nichtwählern, die aber durch gleichzeitige Verluste an andere Parteien kompensiert werden.

*FDP
profitiert von enttäuschten
CDU-Wählern*

Die Freien Demokraten können sich in Wiesbaden über ein Ergebnis freuen, das um gut 2 700 Stimmen über dem der letzten Europawahl liegt. Der Gewinn ist in erster Linie auf den deutlichen Zuspruch ehemaliger CDU-Wähler zurückzuführen, von denen per Saldo rund 2 000 ihr Kreuzchen bei den Liberalen machen.

*LINKE
schöpft aus dem
„Nichtwählerreservoir“*

Mit einem Stimmenzuwachs von gut 1 400 gegenüber ihrer Vorgängerpartei PDS gehört die LINKE zu den Gewinnern dieser Europawahl. Ihren Erfolg verdankt die Partei fast ausschließlich der Mobilisierung früherer Nichtwähler, von denen sie unterm Strich rund 1 200 Stimmen erhält.

*Kleinstparteien litten unter
Wahlenthaltung*

Obwohl diesmal mehr Splitterparteien zur Wahl stehen, erreichen sie zusammen weniger Stimmen als bei der letzten Europawahl. Die Ursache liegt in der Wahlmüdigkeit ihrer potentiellen Wählerinnen und Wähler, denn gut 1 100 von ihnen enthalten sich diesmal der Stimmabgabe.

*Eingeschränkte Vergleichbarkeit
mit anderen Methoden*

Das angewandte Modell bietet die Möglichkeit, Tendenzen im Wechselverhalten der Wahlberechtigten zu erkennen und Richtung sowie Umfang der Wanderungsbewegungen abzuschätzen. Es unterscheidet sich methodisch grundlegend von jenen Verfahren, bei denen Wählerinnen und Wähler unmittelbar nach der Wahl über ihre Stimmabgabe befragt werden. Ein solcher Weg wird von vielen Meinungsforschungsinstituten beschritten, kommt aber aufgrund des Erhebungsaufwands für kommunale Wahlanalysen kaum in Frage. In methodischer Hinsicht haben sowohl das Logit-Modell als auch die Wählerbefragungen Vor- und Nachteile. Die Ergebnisse sind untereinander nicht ohne weiteres vergleichbar.